



Die Mannheimer Corona-Studie: Demokratische Kontrolle in der Corona-Krise

Autoren:

Sebastian Juhl, Roni Lehrer, Annelies G. Blom, Alexander Wenz,
Tobias Rettig, Maximiliane Reifenscheid, Elias Naumann, Katja Möhring,
Ulrich Krieger, Sabine Friedel, Marina Fikel, Carina Cornesse

Die Mannheimer Corona-Studie

Wir alle in Deutschland sind von der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen betroffen. An der Universität Mannheim haben wir in den vergangenen acht Jahren ein Instrument entwickelt, mit dem wir kurzfristig die gesellschaftliche Lage in Deutschland erfassen und untersuchen können.

Unseres Wissens nach sind wir die Einzigen, die tagesaktuell erheben können, wie die Corona-Krise das Leben der Menschen in Deutschland beeinflusst. Deshalb sehen wir es als unsere gesellschaftliche Pflicht, dazu beizutragen, den Einfluss der Corona-Krise auf die Bevölkerung besser zu verstehen und die Öffentlichkeit sowie Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft täglich über die die Entwicklungen zu informieren.

Die Mannheimer Corona-Studie ist am Freitag, dem 20. März, gestartet. Die Studie wird täglich erhoben und berichtet über das Leben in Deutschland in der Corona-Krise. Dabei untersuchen wir sowohl sozial-/wirtschaftliche Aspekte (z.B. Kinderbetreuung, Arbeitssituationen und verfügbares Einkommen), als auch den Einfluss politischer Maßnahmen auf soziale Interaktionen, Ängste, sowie die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. An der Studie nehmen täglich zwischen 445 und 567 (im Durchschnitt 505) Befragte teil.

Informationen zur Methodik der Mannheimer Corona-Studie finden Sie am Ende dieses Berichts. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite:

<https://www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie>.

Inhalt dieses Berichts

Rund um den Globus konnte man in den letzten Wochen verfolgen, wie Regierungen sich plötzlich mit rapide steigenden Corona-Infektionszahlen konfrontiert sahen und Maßnahmen beschlossen, die das öffentliche Leben stark einschränken. Um die rapide Verbreitung des neuartigen Coronavirus zu verlangsamen, kann schnelles und entschlossenes Handeln der Regierung entscheidend sein. Dieser Zeitdruck ist gerade für Demokratien eine Herausforderung, da demokratisches Regieren auf dem gesellschaftlichen Austausch von Argumenten beruht und die Interessen verschiedener Akteure im Entscheidungsfindungsprozess Berücksichtigung finden sollen. Im alltäglichen Politikbetrieb führt dieser demokratische Prozess zu Kompromissen und der Kontrolle der Regierung durch Opposition, unabhängige Gerichte und Medien. Gerade in Krisenzeiten jedoch, so die Sorge, kann dieses aufwändige Entscheidungsverfahren aber auch ein Nachteil sein, denn eine kontroverse gesellschaftliche Debatte über die Angemessenheit verschiedener Maßnahmen und die parlamentarische Kontrolle der Regierung nehmen notwendigerweise Zeit in Anspruch.

Vor diesem Hintergrund wurde in Deutschland immer wieder die Notwendigkeit diskutiert, der Bundesregierung Sonderrechte einzuräumen, um effektiv die Verbreitung des neuartigen Coronavirus einzudämmen. Zum einen soll der mehrstufige Gesetzgebungsprozess verkürzt werden, indem Bundestag und Bundesrat weitreichenden Maßnahmen nicht zustimmen müssen, sondern die Regierung sie per Dekret erlassen kann. Zum anderen sollen Kompetenzen der Länder auf Bundesebene gebündelt werden, um so eine einheitliche Strategie zur Bekämpfung der Pandemie zu entwickeln. Eine solche Änderung würde aber bedeuten, dass der im Grundgesetz verankerte Föderalismus ausgehöhlt und die Kontrollrechte des Bundestages eingeschränkt werden.

In diesem Bericht gehen wir der Frage nach, wie die Menschen in Deutschland zu einer Aufwertung der Befugnisse der Bundesregierung auf Kosten der Länder und des Bundestags stehen. Dazu betrachten wir zunächst, wie sich die Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen in der Bevölkerung seit Beginn der Erhebung am 20. März entwickelt hat. Außerdem untersuchen wir, welche individuellen Faktoren Einfluss auf die Zustimmung der Menschen zu den Sonderbefugnissen für die Bundesregierung haben. Dabei betrachten wir insbesondere den Einfluss der Zufriedenheit mit der Regierung vor Ausbruch der Corona-Pandemie sowie auf das persönliche Bedrohungsgefühl der Menschen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Analysen zeigen, dass sich Ende März, als sich die Corona-Krise zuspitzte, eine Mehrheit unter den Menschen in Deutschland für erweiterte Sonderbefugnisse der Bundesregierung zur Bekämpfung der Pandemie aussprach. Seitdem Bund und Länder sich am 22. März erstmals auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt haben und nachdem Bundestag und Bundesrat im Schnellverfahren entscheidende Gesetzespakete bewilligt haben, ändert sich das Bild. Nun lehnt eine Mehrheit einen solch weitreichenden Schritt ab. Mit Hilfe von Modellrechnungen zeigen wir außerdem, dass die Zufriedenheit mit der amtierenden Bundesregierung vor der Corona-Pandemie interessanterweise keinen nennenswerten Einfluss auf die Zustimmung zu erweiterten Exekutivrechten hat. Allerdings sind Menschen, die die Pandemie als eine schwerwiegende Bedrohung für sich selbst wahrnehmen, eher bereit, der Bundesregierung weitreichende Befugnisse einzuräumen. Die Frage nach der Notwendigkeit weitreichender Sonderbefugnissen für die Bundesregierung ist somit weniger eine Frage der Bewertung ihrer bisherigen Arbeit, sondern vielmehr eine Frage des konkreten Bedrohungsgefühls der Menschen.

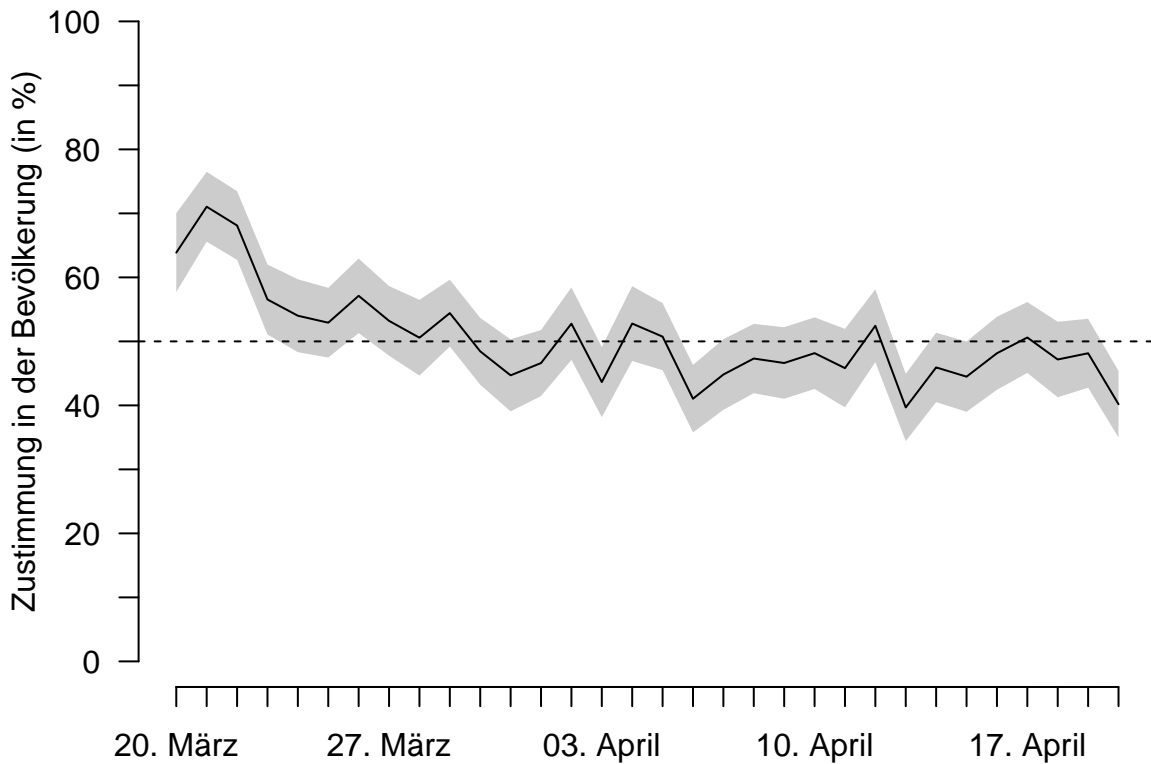
1 Sollte die Bundesregierung weitreichende Maßnahmen auch ohne Zustimmung des Bundestags oder der Bundesländer beschließen dürfen?

Zunächst befassen wir uns mit der Frage, ob sich der Wunsch nach erweiterten Befugnissen für die Bundesregierung seit Beginn unserer Studie am 20. März verändert hat. Konkret ermitteln wir die Zustimmung zu der folgenden Aussage:

“Um die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Gesellschaft einzudämmen, sollte die Bundesregierung weitreichende Maßnahmen auch ohne Zustimmung des Bundestags oder der Bundesländer beschließen.”

Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 (“stimme überhaupt nicht zu”) bis 7 (“stimme voll und ganz zu”) antworten. Basierend auf den gewichteten Antworten ermitteln wir den Anteil der Menschen in Deutschland, die erweiterte Befugnisse für die Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie befürworten, indem wir Antworten auf der Skala ab 5 als Zustimmung werten. Anschließend rechnen wir die gegebenen Antworten auf die allgemeine Bevölkerung in Deutschland hoch. Abbildung 1 zeigt die Zustimmung für erweiterte Befugnisse im Zeitverlauf.

Abbildung 1: Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen für die Bundesregierung im Zeitverlauf



Zunächst ist die enorm hohe Zustimmung in der Bevölkerung zu erweiterten Exekutivrechten bemerkenswert. Obwohl die Ermächtigung der Bundesregierung explizit den gewählten Bundestagsabgeordneten die Möglichkeit nimmt, Einfluss auf die weitreichenden Maßnahmen auszuüben und damit die Gewaltenteilung — zumindest vorübergehend — außer Kraft setzt, halten viele Menschen in Deutschland einen solchen Schritt angesichts der Corona-Pandemie für nötig. Gerade zu Beginn der Datenerhebung ist eine hohe Zustimmung zu erkennen. So spricht sich am 21. März — also ein Tag vor der Telefonkonferenz zwischen Angela Merkel und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, in der das weitere Vorgehen und die zu ergreifenden Mittel koordiniert und teilweise vereinheitlicht wurden — 71% der Menschen in Deutschland für erweiterte Befugnisse der Bundesregierung aus. Zu diesem Zeitpunkt ist also eine Mehrheit der Menschen in Deutschland der Meinung, dass die Bundesregierung mittels Verordnungen am Bundestag vorbei regieren können sollte.

Im Zeitverlauf nimmt die Zustimmung zu einem solch drastischen Schritt stetig ab. Die zunehmende Koordinierung zwischen Bund und Ländern, die seit der Telefonkonferenz am

22. März erkennbar ist, spielt hier sicherlich eine Rolle. So ist es den politischen Entscheidungsträgern gelungen, der Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, dass eine einheitliche Antwort auf die Krise gefunden und dass ein föderaler “Flickenteppich”, der zu Beginn der Pandemie auf starke Kritik stieß, vermieden werde.

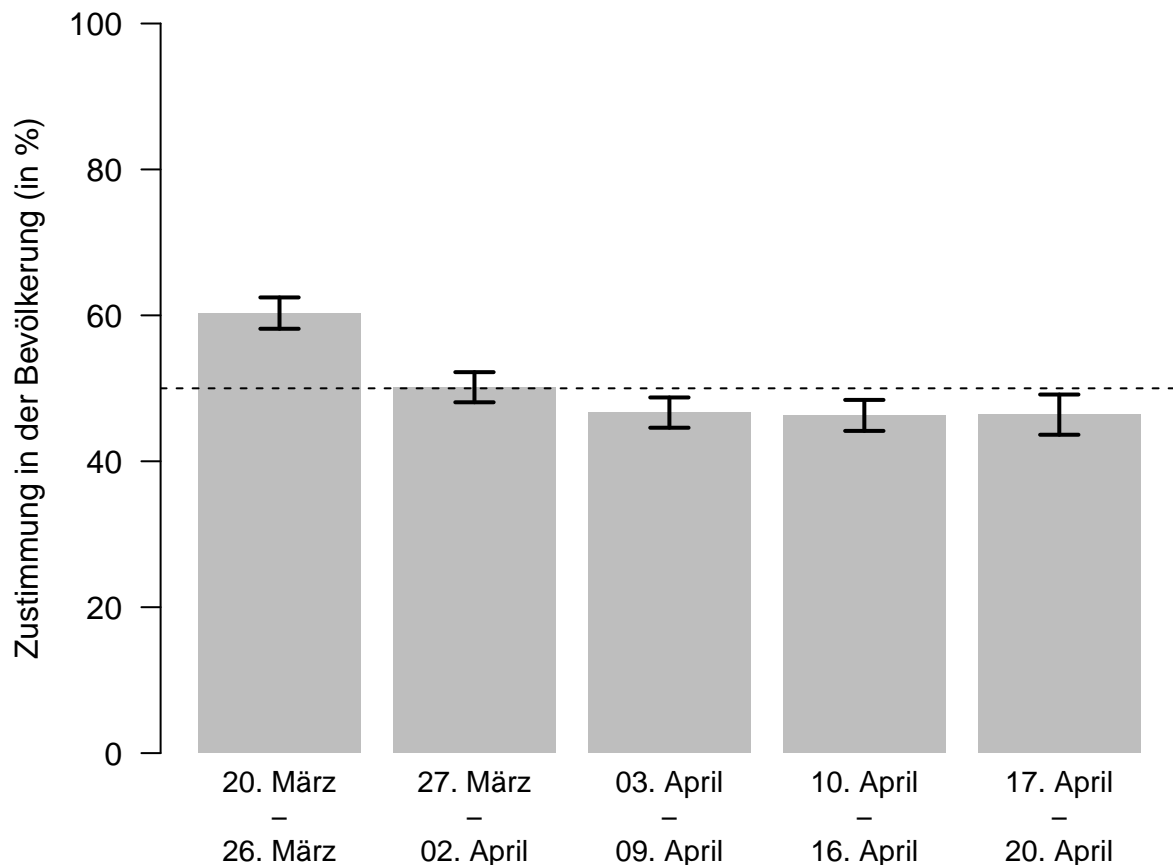
Ein weiterer Aspekt, der vermutlich den abfallenden Trend in der Zustimmung zu den erweiterten Exekutivrechten begünstigt, ist die Effektivität des Deutschen Bundestags. So wurden am 25. März unter anderem ein Nachtragshaushalt für 2020 verabschiedet, massive Unterstützungsleistungen an die deutsche Wirtschaft beschlossen und dem Bundesgesundheitsministerium zusätzliche Rechte im Bereich der medizinischen Versorgung (explizit nicht auf Kosten der Landesgesundheitsministerien) zugesprochen. Damit zeigte sich, dass der Bundestag durchaus in der Lage ist, sehr weitreichende Maßnahmen und große Hilfspakete innerhalb kurzer Zeit zu beschließen.

Insgesamt schwächen sich die Zustimmungswerte in den ersten vier Wochen der Mannheimer Corona-Studie zwischen Mitte März und Mitte April deutlich ab. Doch noch immer denken am 20. April 40.2% der Menschen in Deutschland, dass die Bundesregierung mehr Macht auf Kosten der Länder und des Bundestages haben sollte. Diesen Beobachtungen werfen eine Reihe weiterer Fragen auf: Unterscheiden sich verschiedene Teile der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Zustimmung zu Sonderbefugnissen? Warum erachten einige Menschen erweiterte Exekutivrechte für notwendig, während andere einem solch weitreichenden Schritt skeptisch gegenüberstehen? Im Folgenden wollen wir diesen Fragen nachgehen.

2 Wer spricht sich für weitreichende Sonderbefugnisse für die Bundesregierung aus?

Um die Unterstützung für Sonderbefugnisse in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu ermitteln, fokussieren wir uns hier der Übersichtlichkeit halber auf wöchentliche Veränderungen der Zustimmungswerte in der Bevölkerung. Abbildung 2 zeigt dazu zunächst die Entwicklung, die bereits in Abbildung 1 zu sehen ist, über die Wochen hinweg. Da die Erhebung der Mannheimer Corona-Studie am Freitag den 20. März begann, fassen wir die Wochen immer von Freitag bis zum darauffolgenden Donnerstag zusammen. Die vertikalen Linien an der Spitze der Balken gibt dabei das statistischen Fehlerintervall an, das sich daraus ergibt, dass wir eine Zufallsstichprobe der Bevölkerung befragen.

Abbildung 2: Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen nach Wochen

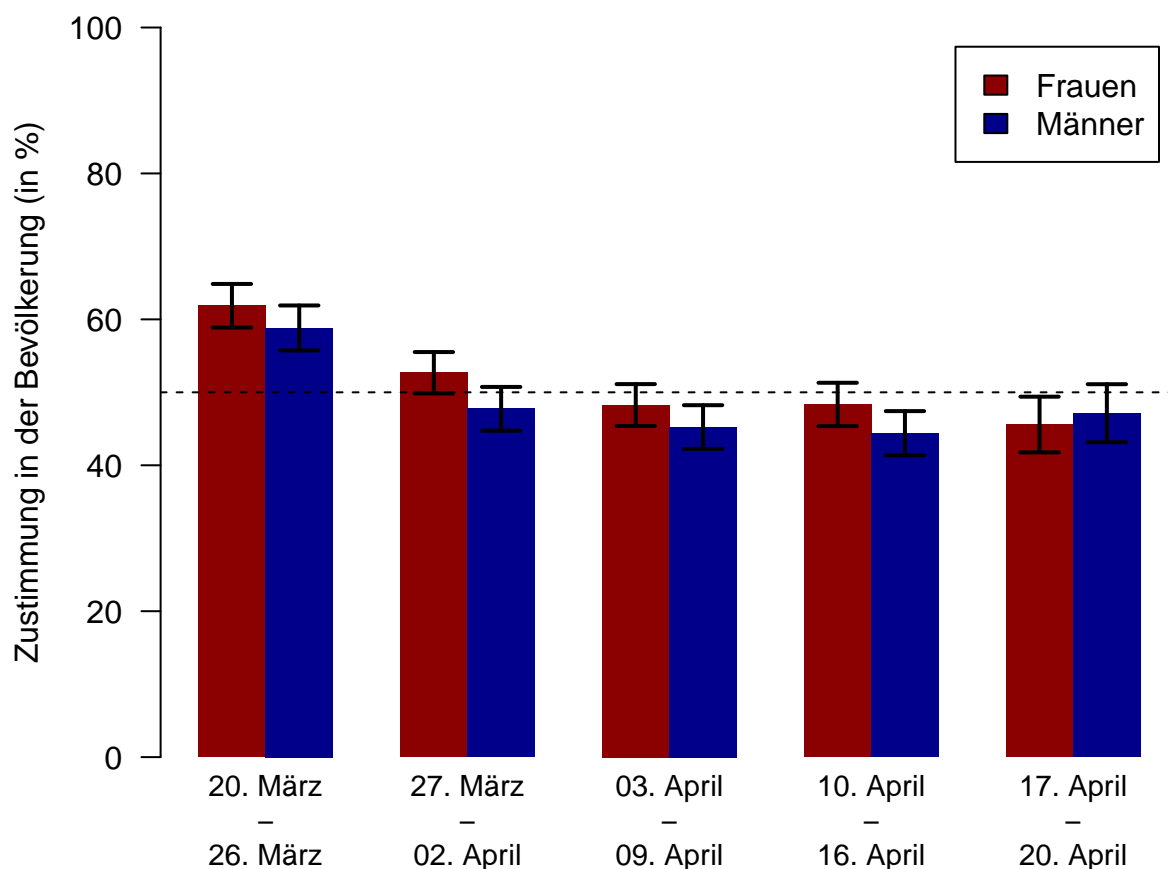


Wie bereits im vorherigen Abschnitt beschrieben, ist deutlich zu erkennen, dass sich in der ersten Woche der Studie eine Mehrheit der Menschen für eine weitreichende Erweiterung der Regierungsbefugnisse auf Bundesebene ausspricht. So sind der Woche vom 20. März bis zum 26. März im Schnitt 60.3% der Menschen für eine solche Ermächtigung. Allerdings ist zu

beobachten, dass sich bereits in der zweiten Woche keine Mehrheit mehr für diesen Schritt ausspricht.

Wird nun zusätzlich nach Geschlecht unterschieden, ist zu erkennen, dass der Trend bei Frauen und Männern über die Wochen hinweg gleich verläuft. Wie die Abbildung 3 zeigt, spricht sich in der ersten Woche der Studie mit 61.9% der Frauen und 58.8% der Männer noch jeweils eine Mehrheit für die Sonderbefugnisse aus. Ab der zweiten Woche, die den Zeitraum vom 27. März bis zum 02. April abdeckt, schwindet diese Mehrheit. Es lässt sich ebenfalls erkennen, dass die beobachtbaren Unterschiede in der Zustimmung zwischen den Geschlechtern so gering sind, dass wir mit den vorliegenden Daten nicht ausschließen können, dass sie lediglich auf zufällige Schwankungen anstatt auf einen wirklichen Unterschied zurückzuführen sind.

Abbildung 3: Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen nach Wochen und Geschlecht



Neben eventuellen Unterschieden zwischen den Geschlechtern lässt sich ebenfalls ermitteln, ob Menschen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen eine andere Einstellung zu erweiterten Exekutivbefugnissen haben. Dazu unterteilen wir die Bevölkerung in Personen mit niedriger

(keinen Schulabschluss oder Hauptschulabschluss), mittlerer (Mittlere Reife), und hoher Schulbildung (mindestens Fachhochschulreife) und schauen uns die Zustimmungswerte dieser Gruppen im Zeitverlauf an.

Abbildung 4: Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen nach Wochen und Schulabschluss

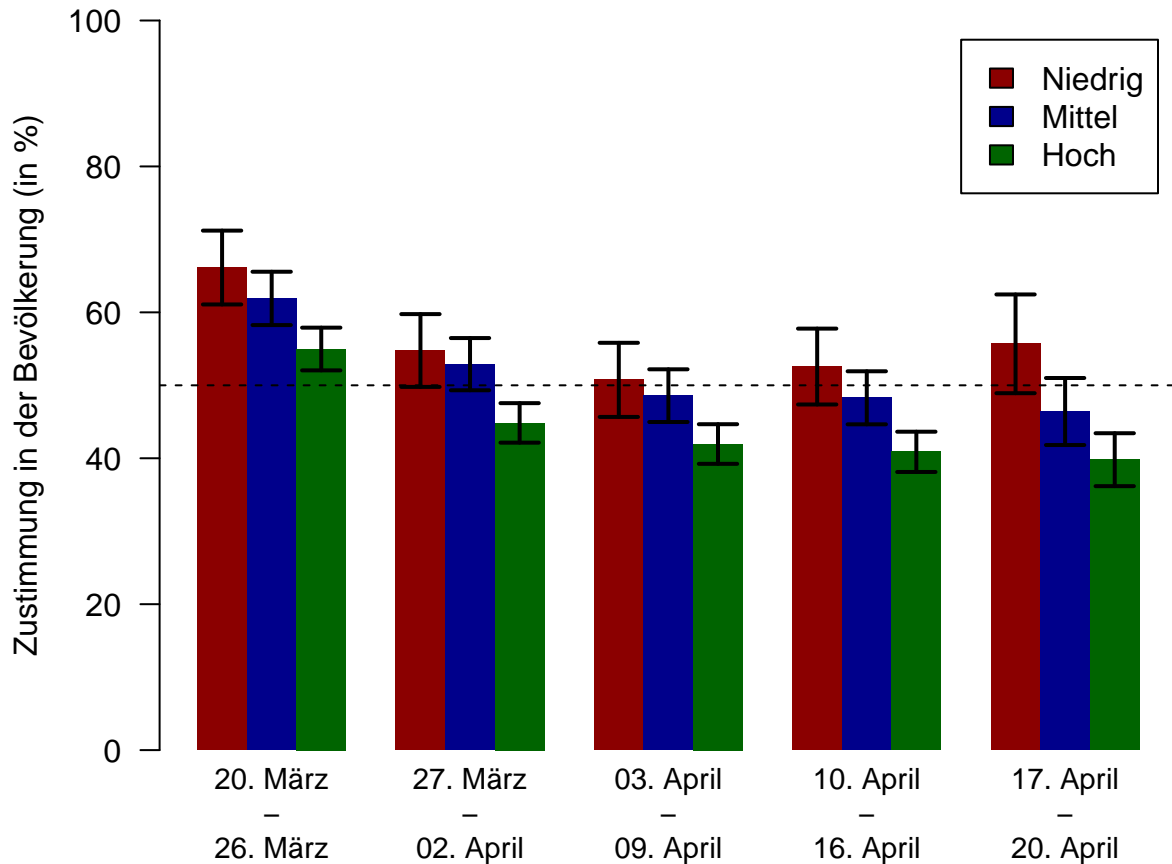


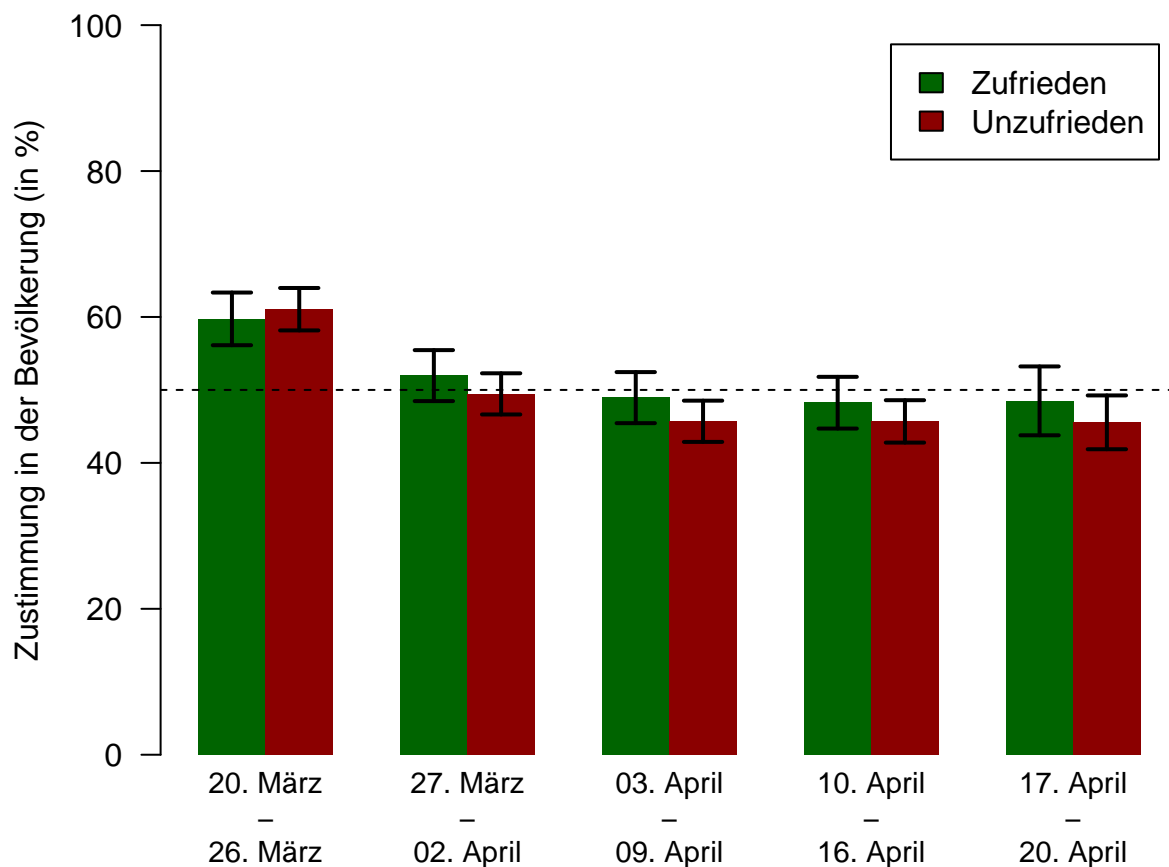
Abbildung 4 weist insbesondere auf Unterschiede zwischen Menschen mit niedriger und hoher Schulbildung hin. Im gesamten Zeitverlauf liegt die Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen bei Menschen, die mindestens die Fachhochschulreife erworben haben, deutlich unter den Zustimmungswerten, den wir für Menschen mit niedriger Schulbildung feststellen. In der Woche vom 10. April bis zum 16. April befürworteten 40.9% der Menschen mit hoher Schulbildung Sonderbefugnisse. Im gleichen Zeitraum liegt die Zustimmung bei Menschen mit niedriger Schulbildung mit 52.6% ungefähr um 11.7 Prozentpunkte höher. Insgesamt lässt sich festhalten, dass erweiterte Exekutivrechte während der Corona-Pandemie auf Kosten des Föderalismus und der parlamentarischen Kontrolle bei Menschen mit hoher Schulbildung eher auf Ablehnung stoßen, als bei Menschen mit niedriger Schulbildung.

Darüber hinaus wollen wir auf politische Faktoren schauen, die die Zustimmung zu erwei-

erten Regierungsbefugnissen beeinflussen könnten. Es stellt sich die Frage, ob Menschen eher bereit sind, auf die Kontrolle der Regierung durch den Bundestag und die Arbeit der Opposition zu verzichten, wenn sie mit der Arbeit der Bundesregierung, bestehend aus CDU/CSU und SPD, vor Ausbruch der Corona-Pandemie zufrieden waren.

Um zu ermitteln, wie zufrieden die Menschen in Deutschland mit der Arbeit der amtierenden Großen Koalition sind, greifen wir auf Daten zurück, die wir bereits im November 2019 — also vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie — erhoben haben. Dadurch haben wir Einblicke in die Bewertung der Regierungsarbeit vor der Krise und können so Rückschlüsse über die Auswirkungen dieser Bewertung auf die Zustimmung zu erweiterten Regierungsbefugnissen ziehen. Konkret stellten wir im November 2019 die folgende Frage: “Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung?” Die Antworten konnten auf einer Skala von 1 (“völlig unzufrieden”) bis 11 (“völlig zufrieden”) angegeben werden. Basierend auf dieser Skala gehen wir davon aus, dass Menschen, die mit mindestens 6 antworteten, zufrieden mit der Arbeit der Koalitionsregierung vor der Corona-Krise waren.

Abbildung 5: Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen nach Wochen und Zufriedenheit mit der Leistung der Großen Koalition vor Corona



Wie auf Abbildung 5 gut zu erkennen ist, gibt es kaum Unterschiede zwischen der Gruppe, die die Leistungen der Bundesregierung positiv bewertet und der Gruppe, die sie kritisch sieht. Dieses Ergebnis ist insbesondere deshalb interessant, da man erwarten könnte, dass die parlamentarische Kontrolle der Regierungsarbeit besonders für die Menschen von großer Bedeutung ist, die der Großen Koalition eher kritisch gegenüberstehen. Diese Erwartung findet jedoch keine Bestätigung in unseren Ergebnissen. Die Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit vor Corona spielt also eine untergeordnete Rolle bei der Frage, ob die Bundesregierung in Zeiten der Corona-Krise weitreichendere Befugnisse benötigt, um angemessen reagieren zu können und der weitere Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken.

Abgesehen von politischen Gründen und der Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit kann die gefühlte Bedrohung durch das neuartige Coronavirus eine weitere Erklärung dafür sein, warum manche Menschen für Sonderbefugnisse sind, während andere diesen Schritt ablehnen. Die Frage, die wir in der Mannheimer Corona-Studie gestellt haben, um das individuelle Bedrohungsgefühl zu ermitteln, lautet: “Inwiefern empfinden Sie die Corona-Virus-Pandemie als Bedrohung für sich selbst?” Die möglichen Antworten reichen dabei von 1 (“überhaupt keine Bedrohung für mich”) bis 11 (“extreme Bedrohung für mich”). Auch hier gehen wir davon aus, dass Menschen, die mindestens mit 6 antworteten, das neuartige Coronavirus eher als Bedrohung für sich selbst empfinden.

Abbildung 6: Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen nach Wochen und Bedrohungsgefühl

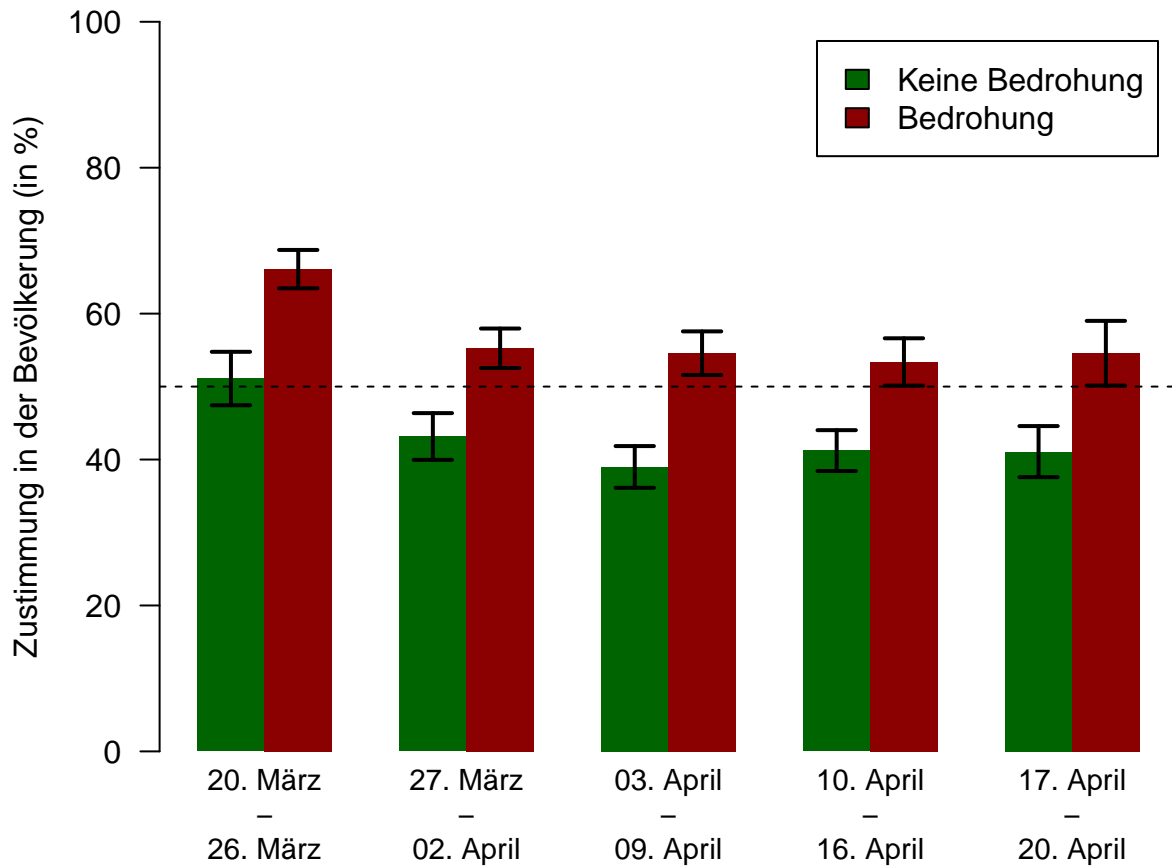


Abbildung 6 bestätigt deutlich die Erwartung, dass die Personen, die das Coronavirus eher als bedrohlich für sich selbst wahrnehmen, Sonderrechte für die Bundesregierung tendenziell befürworten. Während sich die Gruppe derer, die die Pandemie als persönliche Bedrohung wahrnehmen, über die Wochen hinweg mehrheitlich für erweiterte Exekutivrechte für die Große Koalition ausspricht, ist seit der zweiten Woche der Befragung, die am 27. März begann, eine Mehrheit derer, die sich persönlich weniger stark bedroht fühlen, gegen eine solche Ermächtigung der Bundesregierung. Somit lässt sich eindeutig festhalten, dass insbesondere die Menschen mit starkem individuellen Bedrohungsgefühl mehr Befugnisse für die Bundesregierung unterstützen.

3 Welche Faktoren Beeinflussen die Zustimmung zu den Sonderbefugnissen für die Bundesregierung?

Während die bisherige Analyse bereits interessante Einblicke gewährt, betrachten wir nun, welche individuellen Faktoren die Zustimmung der Menschen beeinflussen. Basierend auf den bereits gezeigten Ergebnissen interessieren wir uns dabei insbesondere für zwei Faktoren. Zum einen wollen wir genauer auf den Einfluss der Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit vor Ausbruch der Corona-Krise schauen. Sollte dies ein relevanter Faktor sein, würde dies darauf hindeuten, dass insbesondere politische Präferenzen ausschlaggebend für die Zustimmung zu exekutiven Sonderbefugnissen wären. Zum anderen interessieren wir uns hier für den Einfluss des Bedrohungsgefühls der Menschen durch das neuartige Coronavirus. Hat die wahrgenommene Bedrohung durch das Virus Einfluss auf die Zustimmung, wäre dies ein Indiz dafür, dass erweiterte Exekutivrechte für die Menschen insbesondere dann akzeptabel sind, wenn eine akute Gefährdungslage besteht.

Obwohl die hier präsentierten Ergebnisse erste Anhaltspunkte liefern, sind einfache Vergleiche, wie wir sie bisher anstellten, nicht ausreichend, um eindeutig den Einfluss der einzelnen Faktoren auf das Antwortverhalten der Menschen zu ermitteln. So bleibt unklar, ob die jeweiligen Gruppen wirklich miteinander vergleichbar sind. Um beispielsweise festzustellen, ob die Menschen, die sich durch das Virus stark bedroht fühlen, eher für erweiterte Exekutivbefugnisse sind als Personen, die sich weniger bedroht fühlen, reicht ein einfacher Vergleich der Antworten von Personen unterschiedlich ausgeprägtem Bedrohungsgefühl nicht aus. Es besteht nämlich die Möglichkeit, dass die beiden Gruppen von Befragten sich auch noch in weiteren Merkmalen, beispielsweise dem Alter, voneinander unterscheiden. So liegt das Durchschnittsalter der Menschen in unserer Studie, die sich sehr stark bedroht fühlen bei 57 Jahren, wohingegen Menschen mit sehr geringem oder gar keinem Bedrohungsgefühl im Schnitt 46 Jahre alt sind. Unterschiede in der Zustimmung zu Sonderbefugnissen zwischen diesen beiden Gruppen können somit nicht eindeutig auf das persönliche Bedrohungsgefühl zurückgeführt werden, da sie sich auch in anderen Eigenschaften wie dem Alter unterscheiden.

Aus diesem Grund entwickeln wir als Alternative ein statistisches Modell, welches die Zustimmung der Menschen zu den Sonderbefugnissen unter Berücksichtigung verschiedener relevanter Faktoren abbildet. Im Gegensatz zu einem einfachen Vergleich verschiedener Gruppen ermöglicht das Modell uns, den Einfluss einzelner Merkmale zu ermitteln, während wir gleichzeitig den Auswirkungen anderer Unterschiede zwischen den Befragten herausrechnen. So können wir beispielsweise eine Person mit bestimmten Eigenschaften definieren und berechnen, wie wahrscheinlich es ist, dass diese hypothetische Person erweiterte Befugnisse der Bundesregierung befürwortet. Gleichzeitig können wir einen Klon, also eine weitere hypo-

thetische Person mit exakt den gleichen Merkmalen, definieren und beobachten, wie sich die ermittelte Wahrscheinlichkeit verändert, wenn wir eine einzige Eigenschaft des Klons verändern. Dadurch können wir jeden Unterschied in den Wahrscheinlichkeiten, die wir jeweils für die hypothetische Person und ihren Klon berechnen, auf die eine Eigenschaft zurückzuführen, in der die beiden sich unterscheiden.

Für die Analyse nutzen wir die Antworten von 2772 Befragten in der Woche vom 10. April bis zum 16. April, um uns das Antwortverhalten einer fiktiven Person, wir nennen sie hier Martin, genauer anzuschauen. Martin ist männlich, 52 Jahre alt und hat die Fachhochschulreife erworben. Darüber hinaus war Martin bereits vor der Corona-Krise leicht unzufrieden mit der Arbeit der amtierenden Bundesregierung. Mit der Demokratie in Deutschland ist er weder besonders zufrieden noch unzufrieden. Die Corona-Pandemie empfindet Martin als leicht bedrohlich für sich selbst. Mit diesen Merkmalen entspricht Martin einem mehr oder weniger typischen Mann in der deutschen Bevölkerung.

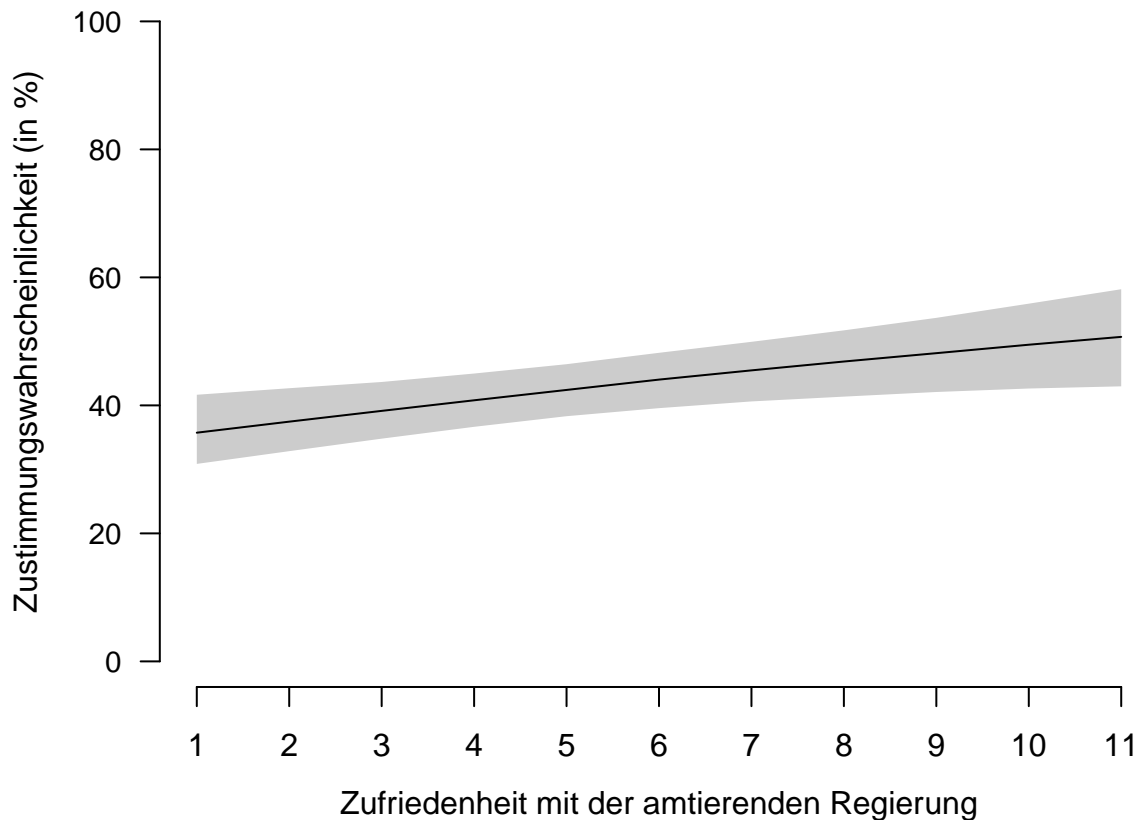
Um nun den Einfluss von Martins Zufriedenheit mit der Arbeit der amtierenden Bundesregierung vor der Pandemie und der Einschätzung seiner persönlichen Bedrohungslage zu ermitteln, erzeugen wir eine Reihe von fiktiven Personen mit identischen Merkmalen — also eine Art Klon. Diese Klone unterscheiden sich lediglich in dem relevanten Faktor voneinander und von Martin. Alle anderen im Modell berücksichtigten Merkmale sind identisch. So können wir zeigen, wie die Wahrscheinlichkeit mit der Martin zustimmt, der Bundesregierung mehr Exekutivbefugnisse zu geben, sich verändert, wäre er zufriedener oder unzufriedener mit der Leistung der Bundesregierung vor der Corona-Pandemie und würde er sich mehr oder weniger von der Pandemie bedroht fühlen.

3.1 Beeinflusst die Bewertung der bisherigen Regierungsarbeit die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen der Bundesregierung in der Corona-Krise Sonderbefugnisse gewähren würden?

Ein wichtiger Faktor für die Bereitschaft, der Regierung weitreichende Sonderbefugnisse zu gewähren, damit sie schnell auf die Corona-Pandemie reagieren kann, ist die Bewertung ihrer bisherigen Arbeit vor dem Ausbruch der Pandemie. Es ist zu erwarten, dass die Personen, die mit der Leistung der Großen Koalition — bestehend aus CDU/CSU und SPD — zufrieden sind, eher gewillt sind, dieser Regierung mehr Handlungsfreiheit zur Bekämpfung der Pandemie zu verschaffen. Denn wenn die amtierende Bundesregierung bisher eine gute Figur gemacht hat, scheint die parlamentarische Kontrolle durch die Opposition und den Deutschen Bundestag weniger notwendig zu sein.

Um diese Erwartung mit der Hilfe unseres Modells zu überprüfen, erzeugen wir eine Reihe von fiktiven Personen, die alle Merkmale von Martin aufweisen, aber sich in ihrer Zufriedenheit mit der Leistung der amtierenden Bundesregierung unterscheiden. So können wir feststellen, wie sich die Wahrscheinlichkeit verändert, dass sich eine Person wie Martin für erweiterte Exekutivrechte ausspricht, wenn sie mehr oder weniger zufrieden mit der Arbeit der Großen Koalition ist als Martin. Abbildung 7 zeigt, wie sich die Zustimmung zu Sonderrechten für die Bundesregierung verändert, wenn Martin mehr oder weniger zufrieden mit der Deutschen Bundesregierung wäre.

Abbildung 7: Zustimmungswahrscheinlichkeit zu Sonderbefugnissen für die Bundesregierung in Abhängigkeit von der Bewertung der Regierungsarbeit



Interessanterweise zeigt die Abbildung, dass sich die Wahrscheinlichkeit von Martins Zustimmung kaum verändern würde, wäre er zufriedener oder unzufriedener mit der Leistung der Bundesregierung vor der Corona-Pandemie. Martin, der eher leicht unzufrieden mit der Arbeit der Großen Koalition vor Corona war, hat eine Wahrscheinlichkeit von 42.4%, erweiterten Befugnissen für die Bundesregierung zuzustimmen. Durch unser statistisches Modell sehen wir, dass diese Wahrscheinlichkeit bei 35.7% läge, wäre Martin sehr unzufrieden mit der Großen Koalition. Gleichzeitig würde sich die Zustimmungswahrscheinlichkeit auf 50.7% erhöhen, wäre Martin sehr zufrieden mit der amtierenden Bundesregierung. Allerdings erkennt man an dem grauen Bereich, der die statistische Unsicherheit angibt, dass es anhand der Daten schwer fällt auszuschließen, dass diese Unterschiede auch rein zufällig entstanden sein könnten. Besonders hoch ist diese Unsicherheit im Bereich der hohen Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung.

Diese Simulationen zeigen daher, dass die Bewertung der bisherigen Arbeit der Bundesregierung vor der Corona-Krise keinen nennenswerten Einfluss darauf hat, ob Menschen

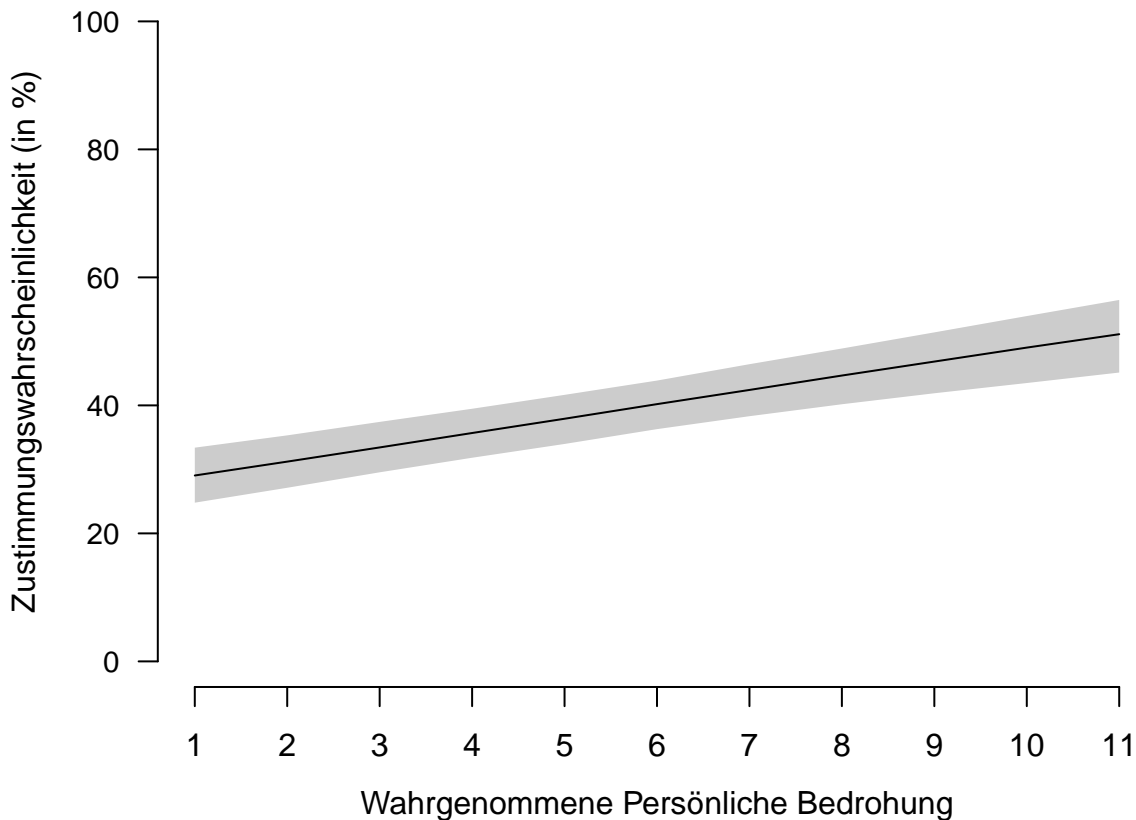
erweiterte Exekutivbefugnisse der Bundesregierung befürworten. Individuelle politische Präferenzen spielen somit scheinbar eine untergeordnete Rolle bei der Frage nach erweiterten Kompetenzen für die Exekutive.

3.2 Wie wirkt sich das persönliche Bedrohungsgefühl durch die Corona-Pandemie auf die Zustimmung zu erweiterten Exekutivrechten aus?

Wie die Mannheimer Corona-Studie bereits zeigte, schätzen die Menschen in Deutschland die persönliche Bedrohung durch die Corona-Pandemie unterschiedlich ein. Während manche Menschen sich durch die rapide Verbreitung des neuartigen Coronavirus persönlich stark bedroht fühlen, empfinden andere das Virus als überhaupt nicht bedrohlich für sich selbst. Hier gehen wir der Frage nach, inwiefern die persönlich empfundene Bedrohung die Wahrscheinlichkeit verändert, dass eine Person, beispielsweise Martin, sich dafür ausspricht, der Bundesregierung mehr Befugnisse zu übertragen.

Wir erwarten, dass Personen mit besonders starkem Bedrohungsgefühl eher dazu bereit sind, auf die Einbindung des demokratisch gewählten Bundestags in den Gesetzgebungsprozess zu verzichten, als Menschen die sich persönlich weniger stark bedroht fühlen. Um diese Annahme zu prüfen, erzeugen wir wieder eine Reihe identischer Klone von Martin. Diesmal variieren wir jedoch nicht die Zufriedenheit mit der Arbeit der Großen Koalition vor Corona, sondern das persönliche Bedrohungsgefühl der Menschen. Abbildung 8 zeigt die durch das Modell vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, der Bundesregierung Sonderrechte zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu gewähren, in Abhängigkeit vom persönlichen Bedrohungsgefühl.

Abbildung 8: Zustimmungswahrscheinlichkeit zu Sonderbefugnissen für die Bundesregierung in Abhängigkeit vom eigenen Bedrohungsgefühl



Die Abbildung zeigt deutlich, dass das persönliche Bedrohungsgefühl starken Einfluss darauf hat, ob jemand sich dafür ausspricht, der Bundesregierung weitreichende Befugnisse im Kampf gegen die Corona-Pandemie zu gewähren. Menschen, die sich persönlich als nicht oder nur sehr geringfügig bedroht sehen, haben eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit sich für erweiterte Exekutivrechte auszusprechen als Menschen, die sich stark bedroht fühlen.

Wie bereits erwähnt hat Martin, der sich persönlich durch die Pandemie leicht bedroht fühlt, nach unserem Modell eine moderate Zustimmungswahrscheinlichkeit von 42.4%. Sinkt nun Martins Bedrohungsgefühl auf 0, so würde er erweiterten Exekutivrechten lediglich noch mit 29% Wahrscheinlichkeit zustimmen. Erhöht sich allerdings sein Bedrohungsgefühl auf den höchst möglichen wert von 10, so steigt seine Zustimmungswahrscheinlichkeit auf 51.1%.

3.3 Welche weiteren Faktoren spielen eine Rolle?

Darüber hinaus lassen sich mit Hilfe unseres Modells die Auswirkungen verschiedener anderer Faktoren ebenfalls leicht ermitteln. Wäre Martin, dessen Zustimmungswahrscheinlichkeit bei 42.4% liegt, nun weiblich, läge diese Wahrscheinlichkeit — bei sonst gleich bleibenden Bedingungen — bei 48.6%. Auch können wir beobachten was passiert, wenn Martin anstatt der Fachhochschulreife einen Hauptschulabschluss erworben hätte. In diesem Fall würde sich seine Zustimmungswahrscheinlichkeit um 13.6 Prozentpunkte verändern und läge bei 56%.

Außerdem können wir ermitteln, inwiefern Martins Alter seine Zustimmung zu erweiterten Exekutivbefugnissen beeinflusst. Wäre Martin 20 Jahre älter, also 72 Jahre alt, läge seine Zustimmungswahrscheinlichkeit bei 37.3%. Allerdings ist es hier besonders wichtig zu beachten, dass wir dabei annehmen, dass die anderen Merkmale unverändert bleiben. Insbesondere Martins Bedrohungsgefühl kann sich mit steigendem Alter aber ändern, da er — wäre er 20 Jahre älter — teil der Risikogruppe wäre. Somit ist der hier berichtete Unterschied in der Zustimmungswahrscheinlichkeit ausschließlich auf das Alter und nicht auf eventuell damit einhergehende Veränderungen anderer Faktoren wie dem individuellen Bedrohungsgefühl zurückzuführen.

Obwohl Martin nur eine fiktive Person ist, die wir hier definiert haben, um verschiedene Effekte zu illustrieren, zeigt sich an den Simulationen der deutliche Einfluss von verschiedenen Faktoren auf die Wahrscheinlichkeit, der Bundesregierung auf Kosten des Föderalismus und des Bundestags erweiterte Kompetenzen zu gewähren, um die Corona-Pandemie einzudämmen. In diesem Bericht konnten wir mit der Hilfe eines statistischen Modells und durch Simulationsstudien zeigen, wie die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und das persönliche Bedrohungsgefühl direkte Auswirkungen auf die Einstellung der Menschen bezüglich exekutiver Sonderrechte hat.

4 Das individuelle Bedrohungsgefühl der Menschen und nicht die Bewertung der bisherigen Regierungsarbeit sind entscheidend für die Zustimmung zu Sonderbefugnissen

Ob jemand der Bundesregierung mehr Rechte zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gewähren möchte, hängt nicht davon ab, wie jemand die Arbeit der Bundesregierung vor der Corona-Krise bewertet, sondern davon, wie sehr sich jemand von dem Virus persönlich bedroht fühlt. Dieses Ergebnis der Mannheimer Corona-Studie weist darauf hin, dass einige Regeln des üblichen Politikbetriebs zumindest zeitweise außer Kraft gesetzt sind. Denn üblicherweise, so finden es mehrere politikwissenschaftliche Studien, bestimmen politische Präferenzen und die Bewertung von Politikern, ob jemand einer Institution zusätzliche Kompetenzen übertragen möchte. Dass die Unterstützung einer möglichen Ermächtigung der Bundesregierung nicht nennenswert damit zusammenhängt, wie jemand die Arbeit der Bundesregierung vor der Pandemie bewertet, ist vor diesem Hintergrund bemerkenswert.

Abschließend ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die hier berichteten Ergebnisse teilweise auf Modellrechnungen basieren. Wie jedes Modell trifft auch unser verschiedene Annahmen, um die komplexe Wirklichkeit auf einige wesentliche Faktoren zu reduzieren. Die Aussagekraft dieser Ergebnisse sind daher davon abhängig, ob die getroffenen Annahmen hinreichend plausibel die Realität widerspiegeln.

Die Methodik der Mannheimer Corona-Studie

Die Mannheimer Corona-Studie baut auf der Methodik und Infrastruktur des German Internet Panels (GIP) auf. Genau wie das GIP wird auch die Corona-Studie von Prof. Dr. Blom geleitet, vom GIP-Team durchgeführt und die Fragebögen gemeinsam mit Wissenschaftler*innen am Sonderforschungsbereich (SFB) 884 „Politische Ökonomie von Reformen“ entwickelt.

Stichprobe

Das GIP basiert auf einer Zufallsstichprobe der allgemeinen Bevölkerung in Deutschland und wird seit 2012 regelmäßig durchgeführt. Die GIP-Stichprobe wurde für die Corona-Studie in acht zufällige Substichproben unterteilt. Die Substichproben 1-7 wurden jeweils einem anderen Wochentag zugeordnet, eine achte Stichprobe dient als Kontrollgruppe und wird in der Corona-Studie nicht befragt.

Tägliche Befragungen

An jedem Wochentag erhält eine der Substichproben 1-7 per E-Mail eine Einladung zur Tagesstudie. Die angeschriebenen GIP-Teilnehmer*innen haben dann 48 Stunden Zeit, sich an der Tagesstudie zu beteiligen. Sie werden aber ermutigt, immer genau an dem ihnen zugeordneten Wochentag, also innerhalb der ersten 24 Stunden, teilzunehmen.

Die Ergebnisse werden tagesbezogen dargestellt. Das heißt Personen, die direkt am gleichen Tag (z.B. Montag) antworten, werden in der Analyse auch diesem Tag (Montag) zugeordnet. Antworten von Personen derselben Substichprobe, die erst am nächsten Tag (Dienstag) teilnehmen, werden zusammen mit den an diesem Tag (Dienstag) erhaltenen Antworten der nächsten Substichprobe analysiert. Auf diese Weise wird dafür Sorge getragen, dass Verzerrungen minimiert werden, da in jeder Tagesanalyse sowohl frühe Befragte enthalten sind, als auch Teilnehmer*innen, die etwas mehr Zeit benötigen.

Innerhalb einer Woche bleibt der Fragebogen genau gleich. Auch über die Wochen hinweg, versuchen wir die Fragebögen konstant zu halten, um eine tägliche Fortschreibung der Ergebnisse über einen möglichst langen Zeitraum zu erlauben. Um allerdings auch tiefergehende Schwerpunktanalysen zu ausgewählten Themen durchführen zu können und unvorhergesehene Ereignisse abzudecken, wird der Fragebogen jede Woche evaluiert und für die nächste Woche aktualisiert.

Studieninhalte

Die Mannheimer Corona-Studie untersucht folgende Themengebiete:

- Berufliche Veränderungen (z.B. Homeoffice, Freistellung, Job-Verlust), die im Zusammenhang mit der Corona-Krise stehen
- Durch die Corona-Krise induzierte finanzielle Engpässe
- Die Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren vor und während der Corona-Krise
- Zufriedenheit mit der Arbeit ausgewählter Politiker
- Einstellungen zu demokratischen Verfahren in der Corona-Krise
- Häufigkeit sozialer Kontakte
- Einstellungen zu den Kosten und dem Nutzen verschiedener politischer Maßnahmen
- Persönliche Betroffenheit durch das Corona-Virus und entsprechende Risikoeinschätzungen
- Gefühle der Angst, Beunruhigung und Angespanntheit

Gewichtung und Repräsentativität

Keine wissenschaftliche Studie im Bereich der Sozial- und Wirtschaftsforschung, die etwas auf sich hält, wird grundsätzlich von sich behaupten, bevölkerungs-repräsentativ zu sein. Während kommerzielle Institute gerne behaupten repräsentative Daten zu erheben, versucht die Wissenschaft im Allgemeinen den Begriff der Repräsentativität zu vermeiden.

Selbstverständlich haben hochwertige wissenschaftliche Studien aber den Anspruch der Repräsentativität möglichst nahe kommen. Daher versuchen sie mit Hilfe von Zufallsstichproben der allgemeinen Bevölkerung, sorgfältig durchgeführter Implementierung und wissenschaftlichen Gewichtungsverfahren die Grundgesamtheit möglichst genau abzubilden. Auch die Mannheimer Corona-Studie im German Internet Panel verfolgt dieses Berufsethos.

Für die Analysen der Corona-Studie haben wir außerdem detaillierte Gewichte berechnet. Dazu wurde ein zweistufiges Gewichtungsverfahren durchgeführt:

In der ersten Stufe wurde ein Response-Propensity-Gewicht berechnet, welches die Eigenschaften der Teilnehmer*innen der Corona-Studie auf die GIP-Gesamtstudie hochrechnet. Dabei wurden folgende Eigenschaften berücksichtigt: Berufstätigkeit und beruflicher Sektor.

In der zweiten Stufe wurde ein Raking-Gewicht berechnet, welches zusätzlich die Eigenschaften der Teilnehmer*innen der Corona-Studie auf die deutsche Bevölkerung (laut

Mikrozensus) hochrechnet. Dabei wurden folgende Eigenschaften berücksichtigt: Alter, Geschlecht, Familienstand, höchster Schulabschluss, Haushaltsgröße und Bundesland.

Fehlende Werte in den Gewichtungsmarkmalen wurden über einen Chained-Equations-Algorithmus imputiert. Das finale Gewicht wurde für Werte > 4 und Werte $< 1/4$ getrimmt.

Weitere methodische Informationen

Allgemeine Informationen zur Methodik des GIP, inklusive der Stichprobenziehung und Implementierung, finden Sie hier:

<https://www.uni-mannheim.de/gip/fuer-datennutzer/methodik>.

Finanzierung

Die Mannheimer Corona-Studie wird im Rahmen des GIP am Sonderforschungsbereich (SFB) 884 “Politische Ökonomie von Reformen” von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Die beteiligten Wissenschaftler*innen gehören dem SFB 884 an und werden ebenfalls mehrheitlich von der DFG finanziert. Weder die Corona-Studie noch das GIP im Allgemeinen verfolgen wirtschaftliche oder politische Interessen jedweder Art.

Haftungsausschluss

Die Autoren dieses Berichts und alle an der Mannheimer Corona-Studie beteiligten Wissenschaftler*innen geben ihr Bestes, Ergebnisse zeitnah, in verständlicher Form und korrekt zur Verfügung zu stellen. Dennoch kann es natürlich zu unbeabsichtigten Fehlern und Missverständnissen kommen. Alle Ergebnisse sind daher ohne Gewähr, wir übernehmen für ihre Richtigkeit keine Haftung.